

Antragsbuch
für die Kreisdelegiertenversammlung
am 18. April 2026

Inhaltsverzeichnis

B Bezirksbezogene Anträge 1

1/II/2026	Abt. 8 - Friedenau	
1/II/2026 Vereinfachung der Beglaubigung von Mitnahmebescheinigungen für medizinisches Cannabis im Schengen-Raum		
.....		1

L Anträge für den Landesparteitag 3

1/II/2026	Abt. 7 - Schöneberg	
1/II/2026 Änderung der Rentenauszahlung beim Übergang vom Bürgergeld (Grundsicherung) in die Regelaltersrente		
.....		3
2/II/2026	Abt. 1 - Tempelhof	
2/II/2026 ME/CFS Forschung ausbauen!		
.....		5
3/II/2026	Abt. 1 - Tempelhof	
3/II/2026 Es braucht ein besseres Gebäudemodernisierungsgesetz		
.....		7

B Bezirksbezogene Anträge

Antrag 1/II/2026

Abt. 8 - Friedenau

Die KDV möge beschließen:

Vereinfachung der Beglaubigung von Mitnahmebescheinigungen für medizinisches Cannabis im Schengen-Raum

- 1 Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordne-
- 2 tenversammlung (BVV) sowie die SPD-
- 3 Mitglieder im Bezirksamt werden aufgefor-
- 4 dert, sicherzustellen, dass das bezirkliche
- 5 Gesundheitsamt die Beglaubigung von
- 6 Bescheinigungen für das Mitführen von
- 7 Betäubungsmitteln (gemäß Art. 75 des
- 8 Schengener Durchführungsübereinkom-
- 9 mens) für Patientinnen und Patienten mit
- 10 medizinischem Cannabis **unbürokratisch,**
- 11 **zeitnah und digital unterstützt** durchführt.
- 12 Insbesondere soll geprüft werden:
 - 13 1. Eine **Standardisierung des Prozesses,**
 - 14 um Bearbeitungszeiten auf maximal 3
 - 15 Werkzeuge zu senken.
 - 16 2. Die Ermöglichung einer **postalischen**
 - 17 **oder digitalen Einreichung** der Unter-
 - 18 lagen, um schwerstkranken Menschen
 - 19 den physischen Gang zum Amt zu er-
 - 20 sparen.
 - 21 3. Eine klare Kommunikation auf der Web-
 - 22 site des Gesundheitsamtes über die
 - 23 benötigten Dokumente (ärztliche Be-
 - 24 scheinigung, Rezeptkopie).
- 25 Seit der Teil-Legalisierung von Cannabis im
- 26 Jahr 2024 und der damit einhergehenden
- 27 Umstufung von Cannabis (weg vom Betäu-
- 28 bungsmittel im klassischen Sinne des BtMG,
- 29 hin zum Medizinal-Cannabisgesetz – Med-
- 30 CanG) herrscht oft Unklarheit in der Verwal-
- 31 tung.
- 32 Für Reisen in Länder des Schengen-Raums ist
- 33 jedoch weiterhin eine beglaubigte Bescheini-
- 34 gung nach **Artikel 75 des Schengener Durch-**
- 35 **führungsübereinkommens** zwingend erfor-
- 36 derlich, sofern das Medikament unter das
- 37 MedCanG fällt.
- 38 Für Patientinnen und Patienten stellt die ak-
- 39 tuelle Praxis oft eine Hürde dar:
- 40 **Mobilität:** Viele Patientinnen und Patienten

41 sind chronisch krank und körperlich einge-
42 schränkt.
43 **Zeitdruck:** Reisepläne können oft nicht einge-
44 halten werden, wenn Termine beim Gesund-
45 heitsamt Wochen im Voraus gebucht werden
46 müssen.
47 **Diskriminierung:** Eine verzögerte Bearbei-
48 tung verhindert die grundlegende Reisefrei-
49 heit dieser Bürgerinnen und Bürger.
50 Die SPD steht für einen barrierefreien Zugang
51 zum Gesundheitssystem und den Abbau un-
52 nötiger Behördenhürden. Eine effiziente Ab-
53 wicklung durch das Gesundheitsamt ist ein
54 Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der Pa-
55 tientensicherheit.

L Anträge für den Landesparteitag

Antrag 1/II/2026

Abt. 7 - Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Änderung der Rentenauszahlung beim Übergang vom Bürgergeld (Grundsicherung) in die Regelaltersrente

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
2 und die sozialdemokratischen Mitglieder der
3 Bundesregierung werden aufgefordert, sich
4 dafür einzusetzen, dass die bisherige Praxis
5 der Rentenauszahlung bei Bürgergeldemp-
6 fänger:innen beim Renteneintritt geändert
7 wird. Bei Eintritt in die Regelaltersrente bei
8 Personen, die bis zum Renteneintritt Leistun-
9 gen nach SGB II erhalten haben, soll die Rente
10 jeweils zum 1. eines Monats ausgezahlt wer-
11 den.

12

13 Begründung

14 Die Leistungen des Bürgergeldes (Grundsicherung) werden zum Monatsanfang ausgezahlt. Die Auszahlung der Rente erfolgt erst am Ende eines Monats. Dadurch entsteht bei Bürgergeldempfänger:innen beim Renteneintritt im ersten Monat eine Lücke. Die betroffenen Menschen müssen ihre Lebenshaltungskosten für einen Monat auf andere Weise finanziell bestreiten. Das ist für die Betroffenen oft schwer bis gar nicht möglich, ohne an grundsätzlichen Dingen zu sparen oder sich zu verschulden. Es gibt die Möglichkeit, einen Antrag auf ein Darlehen zu stellen, doch dies ist in der Regel nur umständlich möglich und die Bearbeitung dauert lange. Im Rentenanspruch wird danach gefragt, ob vor Renteneintritt Bürgergeld (Grundsicherung) bezogen wurde. Die notwendigen Informationen für eine Anpassung sind demnach bereits vorhanden. Daraus folgt bislang allerdings keine Anpassung des Auszahlungszeitpunktes. Wichtig ist, dass die betroffenen Menschen übergangslos und rechtzeitig ihren Lebensunterhalt bestreiten können und in der Folge keine zusätzlichen Belastungen z.

39 B. durch Verschuldung erfahren.

Antrag 2/II/2026**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****ME/CFS Forschung ausbauen!****1 Forderung:**

2 Wir fordern die berliner Landesgruppe in der
3 SPD-Bundestagsfraktion auf, sich in den Be-
4 ratungen für den Haushalt 2027 für eine si-
5 chergestellte und auskömmliche Erhöhung
6 der Mittel im Rahmen der Nationalen Dekade
7 für postinfektiöse Erkrankungen einzusetzen
8 oder alternativ der Forschung zu ME/CFS
9 einen eigenen Haushaltstitel im Einzelplan 15
10 zu widmen.

11

12 Begründung

13 ME/CFS, die Abkürzung für Myalgische
14 Enzephalomyelitis / Chronisches Fatigue-
15 Syndrom, ist eine schwere neuroimmuno-
16 logische Erkrankung und eine der letzten,
17 die weitgehend unerforscht ist. Seit 1969
18 ist sie von der Weltgesundheitsorganisation
19 als neurologische Erkrankung eingestuft.
20 Sie wird durch Viruserkrankungen wie
21 Grippe, das Epstein-Barr-Virus oder Corona
22 ausgelöst.

23

24 Neben Glieder-, Kopf- und Halsschmerzen ist
25 das charakteristischste Symptom eine starke
26 Erschöpfung nach einfachen Alltagstätigkei-
27 ten, wie Einkaufen oder sogar nur Zähneput-
28 zen (PEM). Wichtig ist, dass Betroffene lernen
29 zu „pacen“, das heißt, sich sehr häufig auszu-
30 ruhen, sich nicht zu überfordern und inner-
31 halb ihres Energielimits zu bleiben. Viele kön-
32 nen ihr Bett selbst an guten Tagen nur für et-
33 wa 30 Minuten verlassen. Schwer Betroffene
34 erleiden einen sogenannten Crash, wenn sie
35 beispielsweise nur duschen oder ein Telefo-
36 nat führen, und benötigen daher eine Rund-
37 um-die-Uhr-Pflege. Etwa 60 % der Betroffe-
38 nen sind arbeitsunfähig. In Deutschland sind
39 circa 650.000 Menschen betroffen, weltweit
40 etwa 40 Millionen.

41
42 Betroffene erhalten keine adäquate Versorgung,
43 da ME/CFS im medizinischen Bereich
44 noch immer weitgehend unbekannt ist und
45 ihre Symptome deshalb häufig als psychosomatisch
46 eingestuft werden. Dies hat oft fatale
47 Folgen, da Aktivierungsmaßnahmen zu einer
48 Verschlechterung der Symptome führen können,
49 aber dennoch häufig fälschlicherweise
50 verordnet werden, weil die Erkrankung mit
51 einer schweren Depression verwechselt wird
52 oder Betroffenen unterstellt wird, sie würden
53 übertreiben. Erkrankte erhalten daher oft
54 nicht einmal eine Diagnose. Auch Anträge auf
55 Pflegegrade und den Grad der Behinderung
56 werden häufig abgelehnt, selbst wenn die
57 Betroffenen weitgehend bettlägerig sind. Sie
58 sind daher oft darauf angewiesen, dass Angehörige
59 sich um sie kümmern. Einige haben
60 aus Verzweiflung Sterbehilfe in Anspruch genommen,
61 weil ihnen nicht geholfen wurde und sie ihr Leid
62 nicht mehr ertragen konnten. Zudem erleben sie
63 häufig Gaslighting und Diskriminierung. Nur
64 wenige Ärztinnen und Ärzte sind mit dem Krankheitsbild
65 vertraut.
66
67 Erst 2020 gab es in Deutschland die erste
68 öffentlich geförderte Forschung durch den
69 Bund an der Charité mit 4 Millionen Euro, da
70 die Krankheit im Zuge von Long Covid mehr
71 Aufmerksamkeit erhielt. 2023 wurde die
72 Forschung mit 15 Millionen Euro weiter
73 gefördert. Über private Spenden betreibt die
74 Charité zudem eine Anlaufstelle für Jugendliche
75 sowie eine digitale Plattform und vernetzt
76 sich international; in Großbritannien wird
77 beispielsweise bereits seit etwa 30 Jahren
78 geforscht.
79
80 Um den erheblichen Rückstand in der
81 Forschung aufzuholen und eine adäquate
82 Versorgung der Erkrankten sicherzustellen, sind
83 jedoch mindestens 50 Millionen Euro sowie
84 eine kontinuierliche und langfristige
85 Finanzierung der Forschung notwendig. Zudem
86 ist es dringend erforderlich, weitere
87 Forschungskompetenzzentren aufzubauen.

Antrag 3/II/2026**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Es braucht ein besseres Gebäudemodernisierungsgesetz****1 Forderung:**

2 Wir fordern die berliner Landesgruppe in
3 der SPD-Bundestagsfraktion auf, darauf
4 hinzuwirken, dass das Eckpunktepapier für
5 ein Gebäudemodernisierungsgesetz neu ver-
6 handelt und ein einheitliches Artikelgesetz
7 vorgelegt wird, das Energieversorgungssi-
8 cherheit, umfassenden Mieter*innenschutz
9 und eine echte Dekarbonisierung der Wär-
10 meenergieversorgung ohne „Biotreppe“
11 gewährleistet. Folgende Punkte sollten
12 in dem überarbeiteten Eckpunktepapier
13 und dem Gebäudemodernisierungsgesetz
14 berücksichtigt werden:

15

- 16 • Steigen die Brennstoffkosten infolge
17 gesetzlicher Vorgaben zur Erhöhung
18 des Anteils erneuerbarer oder dekarbo-
19 nisierter Gase, trägt der Vermieter die
20 hierdurch entstehenden Mehrkosten,
21 soweit diese über die Kosten hinaus-
22 gehen, die bei einer erneuerbaren Wär-
23 meerzeugung angefallen wären. Der
24 Vermieter hat den Mieter*innen jähr-
25 lich eine transparente Aufstellung über
26 Brennstoffmix, Zertifikate und Kosten
27 vorzulegen
- 28 • Kosten für den Austausch von Hei-
29 zungsanlagen, die zur Erfüllung
30 gesetzlicher Mindestanforderungen
31 erforderlich sind, sind nicht umlagefä-
32 hig. Die Modernisierungsumlage nach
33 § 559 BGB wird von 8 % auf 4 % gesenkt
34 und auf max. 1,00 €/m pro Monat
35 gedeckelt. Die Gesamtbelastung aus
36 Miete und Heizkosten darf 30 Prozent
37 des Haushaltsnettoeinkommens nicht
38 überschreiten. Staatliche Förderungen
39 von Heizanlagen mit erneuerbaren
40 Energieformen sind vollständig anzu-

- 41 rechnen.
- 42 • Die ordentliche Kündigung wegen ener-
- 43 getischer Modernisierung wird für
- 44 die Dauer von 24 Monaten nach Ab-
- 45 schluss der Maßnahme ausgeschlos-
- 46 sen.

47

48 **Begründung**

49 Auch nach einem Ende des Krieges am Per-

50 sischen Golf und des globalen Energiepreis-

51 schocks würden die Gaspreise tendenziell

52 wieder steigen, bei neuen politisch instabi-

53 len Lagen auch krisenartig. Vor diesem Hin-

54 tergrund die gesetzlichen Vorgaben für die

55 Dekarbonisierung der Wärmeversorgung we-

56 sentlich zu reduzieren und den Neueinbau

57 von Gasheizungen bis 2030 ins Belieben der

58 Vermieter zu stellen, würde

59

- 60 • neue Abhängigkeiten von Gasimporten
- 61 und
- 62 • unzumutbare Mehrbelastungen für
- 63 Mieter*innen bringen und
- 64 • die Steuerzahler wegen Strafzahlun-
- 65 gen wegen einer absehbaren Verfeh-
- 66 lung der EU-Klimaschutzziele unnötig
- 67 belasten.

68

69 Es bedarf statt einer Heizkostenfalle vielmehr

70 gesetzlicher Anreize für Vermieter, Heizun-

71 gen von Erdgas auf erneuerbare Energien um-

72 zustellen. Kern der hier in das Mietrecht im

73 BGB aufzunehmenden Regelungen muss ei-

74 ne Heizkostenbremse für Gebäude, die nicht

75 auf erneuerbare Wärme umgestellt wurden.

76 Hier sind die Kosten nach dem Verursacher-

77 prinzip zu verteilen:

- 78 • Vermieter*innen tragen Mehrkosten,
- 79 wenn sie sich gegen eine Erneuerbare
- 80 Energien-Heizung entscheiden,
- 81 • Mieter*innen tragen nur den Anteil, der
- 82 auch bei einer EE-Heizung angefallen
- 83 wäre.

84

85 Die Umlage für reine Heizungstauschmaß-

86 nahmen, wenn diese nur dem gesetzlichen

87 Mindeststandard dienen, muss verboten

88 werden. Mieter*innen müssen vor über-

89 mäßigen Warmmietensteigerungen durch

90 erwünschte energetische Modernisierungen
91 geschützt werden.

92

93 Energetische Modernisierungen dürfen auch
94 nicht zur Verdrängung genutzt werden („Her-
95 ausmodernisieren“) und müssen durch ei-
96 nen erweiterten Kündigungsschutz begleitet
97 werden.

98

99 Die vorgesehene „Biotreppe“ mit einer
100 „Grüngas-/Bioöl-Quote“ würde zu weiteren
101 Mietkostensteigerungen und Beeinträchti-
102 gungen der Versorgungssicherheit beitragen,
103 weil diese Energieformen im Inland nicht
104 wirtschaftlich und in der notwendigen Men-
105 ge produziert werden können und daher
106 ebenfalls importiert werden müssten. Einen
107 substantiellen Beitrag zur Dekarbonisierung
108 würde eine Grüngasquote voraussichtlich
109 nicht erbringen, weil sie mit Zertifikatslösun-
110 gen umgangen werden kann.

111

112 Gesetzliche Anreize für die Umstellung auf
113 erneuerbare Heizenergiesysteme würden
114 auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei
115 inländischen Wärmepumpenproduzenten
116 beitragen. Die SPD hat in den letzten 15
117 Jahren die Zerstörung sowohl der deut-
118 schen Solarzellenindustrie als auch der
119 Windradbranche mitzuverantworten.